

Ressort: Politik

Mögliche Jamaika-Regierung erwägt höheren Spitzensteuersatz

Berlin, 13.11.2017, 07:51 Uhr

GDN - Die mögliche Jamaika-Koalition spielt nach Informationen des "Handelsblatts" eine Anhebung des Steuersatzes für Top-Verdiener durch. Damit könne man eine Absenkung der Einkommensteuer für untere und mittlere Einkommen zu einem gewissen Teil gegenfinanzieren und sicherstellen, dass nicht nur Gutverdiener entlastet werden, wie es bei einer reinen Abschaffung des Solidaritätszuschlages der Fall wäre, hieß es in Sondierungskreisen.

Sowohl in der Union wie auch in der FDP wird über den Vorschlag diskutiert, auch wenn er offiziell noch nicht bestätigt wird. Der höhere Steuersatz soll den Überlegungen zufolge nur Top-Verdiener betreffen. Keinesfalls soll der heutige Spitzensteuersatz von 42 Prozent einfach angehoben werden, wird betont. Dieser greift derzeit ab einem Jahreseinkommen von rund 54.000 Euro brutto und damit relativ früh. Die Jamaika-Unterhändler könnten ihn erst später greifen lassen, im Gegenzug bei Top-Verdienern dann aber leicht anheben. Als eine Option gilt, den Reichensteuersatz von 45 Prozent künftig früher zu erheben. Derzeit zahlt den Reichensteuersatz nur, wer als Single mindestens 250.000 Euro im Jahr verdient. Diskutiert wird auch, einen neuen linearen Steuertarif zwischen dem Spitzensteuer- und dem Reichensteuersatz einzuziehen. Selbst bei einer leichten Anhebung ihres Steuersatzes würden Gutverdiener unterm Strich noch immer entlastet, da sie am stärksten vom geplanten Wegfall des Solidaritätszuschlages profitieren, hieß es in Sondierungskreisen. Eine Abschaffung des Solidaritätszuschlages ohne gleichzeitige Entlastungen für untere und mittlere Einkommen durch eine Steuerreform stößt beim Unions-Wirtschaftsflügel auf Ablehnung. Auch Ökonomen üben daran Kritik. "Auf eine Reform des Einkommensteuertarifs zu verzichten und sich auf die Abschaffung des Solidaritätszuschlags zu beschränken, wäre enttäuschend. Die Abschaffung des Solidaritätszuschlags kommt vor allem den höheren Einkommen zu Gute, die Effizienzgewinne wären kleiner", sagte der Präsident des Münchner Ifo-Instituts, Clemens Fuest, dem "Handelsblatt". Bei kleinen und mittleren Einkommen sei die Steuer- und Abgabenlast besonders hoch, auch im Vergleich zu anderen Ländern. "Entlastungen würden Arbeitsangebotsanreize deutlich verbessern. Das wäre nicht nur verteilungspolitisch sinnvoll, sondern auch ein Effizienzgewinn", so Fuest.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-97564/moegliche-jamaika-regierung-erwaegt-hoeheren-spitzensteuersatz.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com
www.gna24.com